

# Sicherheitsanalyse Lübeck 2000

Kurzfassung des Forschungsberichtes  
Vorgelegt im Juni 2000

Initiative, fachliche Koordination und Mitarbeit

Kriminalpräventiver Rat der Hansestadt Lübeck

Polizeiinspektion Lübeck

Vergabe/Finanzierung

STIFTUNG FÜR KRIMINALPRÄVENTION, Münster – Hiltrup

Erstellung

**ISIP**

Institut für Sicherheits- und Präventionsforschung e.V., Hamburg

# Sicherheitsanalyse Lübeck 2000

Projektleitung:  
Dr. Aldo Legnaro

Projektbearbeitung:  
Almut Birenheide

Unter Mitwirkung von:  
Markus Eberhard  
Denise Notter

# ISIP

**Institut für Sicherheits- und  
Präventionsforschung e.V.**

Tropowitzstrasse 7  
D-22529 Hamburg  
tel (49) 040 / 42838 -4619  
(49) 040 / 42838 -5307  
fax(49) 040 / 42838 - 2328  
e-mail: isip@uni-hamburg.de

---

## Copyright und Bezugsquellennachweis

Die **Kurzfassung** ist vom Kriminalpräventiven Rat der Hansestadt Lübeck in Schriftform herausgegeben.

Sie kann darüber hinaus als kostenloses download im .pdf-Format bezogen werden:  
<http://www.institut.de/praev.html> > Menüpunkt KRA

Die Originalfassung des Forschungsberichtes sowie die Datensammlung liegen den Initiatoren ausschließlich zur internen politischen, Verwaltungs- und Polizeiarbeit in Schriftform vor.

Für die Verwendung außerhalb dieser Zweckbestimmung liegen die Nutzungs- und Verwertungsrechte ausschließlich bei der Holding der Stiftung für Kriminalprävention GmbH, Postfach 480561, 48082 Münster.

Dort kann sowohl die

- Originalfassung als **Forschungsbericht** zum Preis von DM 120,-- (etwa 200 Seiten)

als auch die

- Originalfassung einschließlich der gesamten –anonymisierten- Datenbasis als **Forschungsbericht + Daten** zum Preis von DM 200,-- (etwa 700 Seiten)

schriftlich oder via Internet (siehe oben) bezogen werden.

# Vorwort

Mit dieser Dokumentation legt der Kriminalpräventive Rat der Hansestadt Lübeck erneut eine umfassende Untersuchung der Kriminalitätsslage und des Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt vor.

Als erste Kommune in Deutschland wiederholt damit Lübeck nach fast zehn Jahren eine solche Analyse, um Entwicklungen und Veränderungen vor allem im Bewusstsein der Bevölkerung festzustellen.

Die 1991 von der Kriminalpolizeidirektion Schleswig-Holstein Süd vorgelegte „Kriminologische Regionalanalyse Lübeck“ als Reaktion auf die im Vergleich der westdeutschen Städte hohe Kriminalitätsbelastung Lübecks veröffentlichte damals wesentliche objektive Daten zum Erscheinungsbild und der Verteilung der Kriminalität in den einzelnen Teilen der Stadt und zum subjektiven, durch eine Befragung festgestellten Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger. Sie gab damit den Anstoß für die 1992 erfolgte Gründung des Kriminalpräventiven Rates der Hansestadt Lübeck.

Lübeck übernahm damit gemeinsam mit einigen anderen Städten und Kreisen in Schleswig-Holstein eine Vorreiterrolle beim Aufbau kriminalpräventiver Aktivitäten in deutschen Kommunen.

Der Kriminalpräventive Rat der Hansestadt Lübeck hat seitdem in Zusammenarbeit mit vielen Organisationen, Initiativen und engagierten Einzelpersonen eine Fülle von präventiven Aktionen und Maßnahmen sowohl in den verschiedenen Stadtteilen als auch auf gesamtstädtischer Ebene auf den Weg gebracht. Erscheinungsbild und Umfang der Kriminalitätsbelastung haben sich seitdem verändert. Nach fast zehnjähriger Tätigkeit auf diesem Gebiet besteht auch die Notwendigkeit, Bilanz zu ziehen über die geleistete Arbeit und vor allem über die Wirkung auf das Leben in der Stadt. 1999 entschlossen sich der Kriminalpräventive Rat und die Polizeiinspektion, einen Vergleich der aktuellen Lage mit der Ausgangssituation 1991 durchzuführen und damit als erstes kommunales Präventionsgremium in Deutschland eine erneute, vergleichende Befragung zu schaffen, die nun vorliegende „Sicherheitsanalyse Lübeck 2000“.

Für die Durchführung dieses umfangreichen und überregional mit Interesse bemerkten Vorhabens konnte das renommierte Hamburger Institut für Sicherheits- und Präventionsforschung e.V. gewonnen werden. Eine Realisierung aber war nur möglich durch die finanzielle Unterstützung der privaten STIFTUNG FÜR KRIMINALPRÄVENTION in Münster unter Leitung von Herrn Klaus Stüllenbergh, die den überwiegenden Teil der Kosten übernommen hat.

Mit dieser nun abgeschlossenen und veröffentlichten „Sicherheitsanalyse Lübeck 2000“ wird erneut dokumentiert, wie sich die objektive Kriminalitätsslage in dieser Stadt darstellt und wie die Bürgerinnen und Bürger ihre eigene Sicherheit subjektiv empfinden. Gleichzeitig werden Entwicklungen und Veränderungen aufgezeigt sowie die öffentliche Wahrnehmung der präventiven Aktivitäten des Rates und deren Wirkung analysiert werden.

Wir sind sicher, dass auch diese erneute Untersuchung wichtige Anregungen für alle Beteiligten vermitteln und damit eine wesentliche Grundlage für die Präventionsarbeit der kommenden Jahre bilden wird.

Abschließend erscheint es uns von Bedeutung, auf die Veränderung des Sprachgebrauchs hinzuweisen. Ging es bei der Untersuchung aus dem Jahre 1991 vor allem um Kriminologie und Kriminalitätsbelastung, wird mit der „Sicherheitsanalyse Lübeck 2000“ ein positives Ziel vermittelt: Präventionsarbeit bedeutet Arbeit an der Verbesserung der Sicherheit und des Lebensgefühls aller Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt. Diesem Anspruch gilt weiterhin der Einsatz des Kriminalpräventiven Rates der Hansestadt Lübeck und aller Organisationen, Initiativen und Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, die darauf Einfluss nehmen.

Wir bedanken uns ganz herzlich für die maßgebliche Unterstützung bei Herrn Klaus Stüllenberg, dem Vorsitzenden des Kuratoriums der STIFTUNG FÜR KRIMINALPRÄVENTION in Münster, Herrn Dr. Aldo Legnaro und seinen Mitarbeiterinnen vom Hamburger Institut für Sicherheits- und Präventionsforschung (ISIP), dem Rat für Kriminalitätsverhütung in Schleswig-Holstein, der Datenzentrale Schleswig-Holstein, Herrn Heiko Hüttmann, dem heutigen Leiter der Polizeidirektion Schleswig-Holstein Süd mit seinen Mitarbeitern sowie Frau Christa Hölscher-Voß, der langjährigen Geschäftsführerin des Kriminalpräventiven Rates der Hansestadt Lübeck.

Lübeck, im Juni 2000

Für den Kriminalpräventiven Rat  
der Hansestadt Lübeck

*Senatorin*  
*Dagmar Pohl-Laukamp*

Für die Polizeiinspektion Lübeck

*Kriminalobernat*  
*Norbert Trabs*

## **1. Die Sicherheitsanalyse 2000 im Vergleich mit der KRA 1991<sup>1</sup>**

Ein wesentliches Ziel der Untersuchung war es die Ergebnisse der Sicherheitsanalyse 2000 mit denen der Kriminologischen Regionalanalyse Lübeck von 1991 zu vergleichen. Ein Vergleich ermöglicht eventuelle Rückschlüsse auf die Qualität der Arbeit des Kriminalpräventiven Rates und bietet somit Möglichkeiten zur Evaluierung der Arbeit. Darüber hinaus lassen sich Veränderungen des Sicherheitsempfindens und der Einstellungen zur Polizei ausmachen.

### **1.1 Zur Einschätzung der Kriminalitätslage und Bedeutung des Themas**

#### **1.1.1 Kriminalitätsbekämpfung als staatliche Aufgabe**

Ein Vergleich der primär wichtigsten staatlichen Aufgabe verdeutlicht, daß sich die Bedeutungen der sozialpolitischen Probleme in den letzten Jahren gewandelt haben. Obgleich die Kriminalitätsbekämpfung sowohl in der KRA wie in der Sicherheitsanalyse 2000 jeweils den zweiten Rangplatz einnimmt, hat sich dennoch der prozentuale Abstand zur wichtigsten politischen Aufgabe verändert. In der KRA von 1991 lag die Bekämpfung der Kriminalität mit 22,5%<sup>2</sup>, direkt hinter dem erst genannten Problem – der Umweltbekämpfung, die von 22,6% erwähnt wurde. In der aktuellen Untersuchung rangiert die Bekämpfung der Kriminalität mit 20,5% deutlich hinter dem ersten Platz – der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die von 33,8% der Befragten als wichtigste gesellschaftspolitische Aufgabe angegeben wird. Vergleicht man die Prozentwerte der Kriminalitätsbekämpfung an sich, ist die Bedeutung dieser staatlichen Aufgabe geringfügig gesunken. Offensichtlich ist die Bekämpfung der Kriminalität als staatliche Aufgabe eine relativ stabile Forderung von der Bevölkerung, während sich die wichtigsten politischen Aufgaben mit dem öffentlichen Diskurs verändern.

#### **1.1.2 Die Kriminalitätsentwicklung in den letzten zehn Jahren**

Ein Vergleich der Angaben zur Kriminalitätsentwicklung in Lübeck in den letzten zehn Jahren zeigt, daß in der Analyse von 1991 insgesamt 92,1% der Antwortenden der Anstiegsthese, d.h. daß die Kriminalität gestiegen ist, mit völlig bzw. ziemlich richtig zustimmen. Gegenwärtig sind es insgesamt 75,1% der Lübecker Bevölkerung, die die Ansicht, daß die Kriminalität in den letzten zehn Jahren gestiegen sei, äußern.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Siehe hierzu den Datenvergleich Anhang 4.

<sup>2</sup> Zur besseren Vergleichbarkeit der Zahlen geben diese Werte die prozentualen Häufigkeiten gerechnet auf die Antworten und nicht auf die Fälle wieder und unterscheiden sich somit zu den Angaben in Kapitel III.. Dies deshalb, weil in der KRA die Befragten jeweils drei wichtige staatliche Aufgaben angegeben haben, in der aktuellen Analyse hingegen wurde nur nach zwei Prioritäten gefragt.

<sup>3</sup> Zu berücksichtigen ist, daß die Antwortkategorien der Untersuchung nicht exakt identisch sind. In der „Untersuchung 2000“ wurde eine Ausweichkategorie angeboten, um nicht den Druck einer eindeutigen Entscheidung auf die Befragten auszuüben. Zudem wurden keine Abstufungen in der Antwortvorgabe, wie „völlig richtig bzw. ziemlich richtig“ angeboten. Demgemäß sind die Kategorien der alten Untersuchung „völlig bzw. ziemlich richtig“ mit der Antwortmöglichkeit „die Kriminalität ist gestiegen“ der aktuellen Analyse zu vergleichen.

Diese Differenz in der Einschätzung der Kriminalitätsentwicklung bestätigt sich zudem im Rahmen der Frage nach der Kriminalitätsentwicklung in Lübeck mit deliktspezifischer Differenzierung. Gefragt wurde sowohl in der Untersuchung von 1991 wie in der aktuellen Analyse nach der Einschätzung der Entwicklung unterschiedlicher Straftatbereiche in der Wohnumgebung. Ein Vergleich der Ergebnisse zeigt, daß bei der Mehrheit der Delikte sich deutliche bzw. zum Teil erhebliche Unterschiede zeigen. Dabei gehen die Befragten in der Sicherheitsanalyse 2000 weniger von einer Steigerung der Delikte in den letzten zehn Jahren aus; am deutlichsten zeigen sich die Differenzen im Zusammenhang mit der Einschätzung der Rauschgiftkriminalität, des Autodiebstahls und des Raubüberfalls. Einzig die Körperverletzung bzw. Schlägerei wird in der aktuellen Untersuchung häufiger als gestiegen angegeben, dies allerdings nur mit einer Differenz von 0,7%.

Insgesamt wird anhand der Ergebnisse deutlich, daß die These eines Kriminalitätsanstiegs deutlich seltener von der Lübecker Bevölkerung vertreten wird als noch vor knapp zehn Jahren.

## **1.2. Opferwerdung**

### **1.2.1 Deliktspezifische Viktimisierungserfahrungen**

Um dem Aspekt der individuellen Opferwerdung nachzugehen, wurde sowohl in der KRA als auch in dieser Untersuchung Fragen zum Erlebnis verschiedener Straftaten gestellt. Unterschiedlich ist allerdings der Zeitraum, galt in der Regionalanalyse von 1991 ein zeitlicher Bezugsrahmen von einem Jahr, sind die Befragten in der aktuellen Untersuchung gebeten worden, sich an die Erlebnisse der letzten drei Jahre zu erinnern.

Von Viktimisierungserfahrungen in den letzten 12 Monaten berichten 1991 insgesamt 54,8% der Befragten, in der gegenwärtigen Untersuchung sind es 66,2% die von Erlebnissen krimineller Art erzählen. Betrachtet man den unterschiedlichen zeitlichen Bezugsrahmen, kann trotz häufiger Opferwerdung nicht von einer Steigerung der Viktimisierungsrate ausgegangen werden. Vielmehr ist die Differenz von 11,4% – hält man sich die Zeitspanne von zusätzlichen zwei Jahren vor Augen, die die Befragten in der Sicherheitsanalyse 2000 in ihre Angaben mit einbezogen haben – verhältnismäßig gering. Entsprechend kann nicht von einem Anstieg der Opferwerdung in Lübeck gesprochen werden.

Einen differenzierter Blick auf die einzelnen Delikte und deren prozentualen Häufigkeit im Vergleich zwischen den beiden Untersuchungen gibt die folgende Tabelle:

## Häufigkeiten der Opferwerdung nach Delikten differenziert<sup>4</sup>

Sicherheitsanalyse 2000	2000	1991	Regionalanalyse 1991
Sachbeschädigung	33,6	18,6 60,6	Sachbeschädigung Sachbeschädigung von Rad/Kfz
Autodiebstahl	5,4	2,5	Autodiebstahl
Fahrraddiebstahl	24,9	23,4	Fahrraddiebstahl
Diebstahl aus dem bzw. vom Auto (z.B. Reifen, Autoradio, etc.)	27,2	24,8	Diebstahl von/ aus dem Kfz
Diebstahl von persönlichem Eigentum (z.B. Geldbörse, Kleidungsstücke, Schmuck etc.)	21,6	23,2	sonstiger Diebstahl
Diebstahl mit Gewalt oder unter Androhung von Gewalt/ Handtaschenraub	4,2	2,8	Handtaschenraub
<b>Diebstahl insgesamt</b>	<b>83,3</b>	<b>76,7</b>	<b>Diebstahl insgesamt</b>
Wohnungseinbruch oder Einbruchversuch	10,6	6,7	Wohnungseinbruch oder Einbruchversuch
Sexuelle Belästigung (z.B. durch Worte, Gesten oder Taten)	19,6	25,2 0,7	sexuelle Belästigung sexuelle Nötigung
Sexualisierter Angriff (Vergewaltigung oder versuchte Vergewaltigung)	2,1	0,7	Vergewaltigung
<b>Delikte gegen die sexuelle Selbstbestimmung insgesamt</b>	<b>21,7</b>	<b>26,6</b>	<b>Delikte gegen die sexuelle Selbstbestimmung insgesamt</b>
Körperverletzung ohne Waffen	9,7	10,3	leichte Körperverletzung
Körperverletzung mit Waffen	3,5	2,1 3,2	schwere Körperverletzung sonstige Körperverletzung
<b>Körperverletzung insgesamt</b>	<b>13,2</b>	<b>15,6</b>	<b>Körperverletzung insgesamt</b>
Tätliche oder sonstige Bedrohung (schließt verbale Bedrohungen mit ein)	21,0	-	-
Sonstige Straftaten	7,4	11,0	Sonstige Straftaten

Entsprechend der zeitlichen Inkongruenz erscheint in diesem Zusammenhang eine Interpretation, die sich auf die proportionalen Verhältnisse der einzelnen Delikte zueinander bezieht, am angemessensten.

Ebenfalls wie in der Regionalanalyse 1991 nimmt auch in dieser Untersuchung, betrachtet man die Häufigkeitsverteilungen im proportionalen Verhältnis, die Sachbeschädigung den ersten Rangplatz ein. An zweiter und dritter Stelle rangieren in der vergangenen Analyse die sexuelle Belästigung und der Diebstahl von/ aus Kfz. Im Vergleich hierzu sind es in der

<sup>4</sup> Bei der Interpretation der angeführten Prozentzahlen muß berücksichtigt werden, daß sich die Untersuchung von 1991 auf den Zeitraum von einem Jahr und die von 2000 auf drei Jahre bezieht.

2000er Studie zum einen der Diebstahl aus dem/vom Auto und zum anderen der Fahrraddiebstahl. Erst an sechster Position steht die sexuelle Belästigung. Ein Ergebnis, daß etwas verwundert, da die Sensibilisierung bezüglich dieser Straftat zugenommen hat. Am vierthäufigsten wird in der früheren Analyse der Fahrraddiebstahl benannt, dicht gefolgt an fünfter Position steht der sonstige Diebstahl, der in der gegenwärtigen Untersuchung den vierten Rang einnimmt. An fünfter Stelle rangiert die tätliche oder sonstige Bedrohung. Insgesamt wird auch in der aktuellen Untersuchung deutlich, daß Sachbeschädigung und Diebstahlsdelikte die am häufigsten auftretenden Straftaten sind und die die körperliche Integrität betreffen, deutlich seltener vorkommen. Die folgende Tabelle faßt das eben beschriebene Ranking der Delikte im Überblick zusammen.

### Die sechs häufigsten Delikte

Sicherheitsanalyse 2000			Regionalanalyse 1991		
1.	Sachbeschädigung	33,6%	1.	Sachbeschädigung von Rad/Kfz	60,6%
2.	Diebstahl aus dem bzw. vom Auto (z.B. Reifen, Autoradio, etc.)	27,2%	2.	sexuelle Belästigung	25,2%
3.	Fahrraddiebstahl	24,9%	3.	Diebstahl von/ aus dem Kfz	24,8%
4.	Diebstahl von persönlichem Eigentum (z.B. Geldbörse, Kleidungsstücke, Schmuck etc.)	21,6%	4.	Fahrraddiebstahl	23,4%
5.	Tätliche oder sonstige Bedrohung (schließt verbale Bedrohungen mit ein)	21,0%	5.	sonstiger Diebstahl	23,2%
6.	Sexuelle Belästigung (z.B. durch Worte, Gesten oder Taten)	19,6%	6.	Sachbeschädigung	18,6%

Daß der Unterschied zwischen Männern und Frauen unter Berücksichtigung aller Straftaten nicht groß ist und sich die geschlechtsspezifischen Unterschiede erst in der deliktspezifischen Betrachtung zeigen, bestätigt sich auch in der aktuellen Untersuchung. Zusammenhänge zwischen Geschlecht und Opferwerdung zeigen sich auch in dieser Analyse insbesondere im Zusammenhang mit den Delikten gegen die sexuelle Selbstbestimmung. Im Hinblick auf die Körperverletzungen und Sachbeschädigung sind es ebenso häufiger die befragten Männer, die von Viktimisierungen berichten.

Darüber hinaus findet sich in diesem Kontext ebenso die Bestätigung, daß die Viktimisierungserfahrungen mit zunehmendem Alter kontinuierlich sinken. Dies zeigt sich sowohl in der aktuellen wie in der vergangenen Analyse besonders deutlich bei den Delikten Sachbeschädigung, Körperverletzung und Straften gegen die sexuelle Selbstbestimmung.

### 1.2.2 Das Anzeigeverhalten

Ein weiterer Schwerpunkt im Kontext dieses Themenkomplexes bezieht sich auf die Frage, ob die jeweiligen erlebten Delikte angezeigt wurden oder nicht. Daß die Anzeige eher die Ausnahme darstellt, bestätigt sich sowohl in der früheren sowie in der jetzigen Untersuchung. Haben in der Regionalanalyse 1991 60,8% der Befragten angegeben, daß sie die



erlebte Straftat nicht zur Anzeige gebracht haben, sind es in der derzeitigen Analyse mit 63,3% geringfügig mehr.

Im Hinblick auf die einzelnen Delikte zeigen sich auch hier deutlich Differenzen zwischen den jeweiligen Straftattypen, jedoch variiert das Anzeigeverhalten insgesamt bezüglich der jeweiligen Delikte in der derzeitigen Sicherheitsanalyse nicht so stark, wie vor knapp zehn Jahren, wie die folgende Tabelle veranschaulicht.

Delikte	Anzeige: Nein		Anzeige: Ja	
	2000	1991	2000	1991
Körperverletzung ohne Waffen/ Leichte Körperverletzung	75,5	88,2	24,5	11,8
sexuelle Belästigung	93,2	87,2	6,8	12,8
Sachbeschädigung/ Sachbe- schädigung (Fahrrad/Kfz)	64,5	77,9	35,5	22,1
Diebstahl von/aus Kfz	43,8	17,9	56,2	82,1
Kfz-Diebstahl	43,8	20,0	56,2	80,0
Wohnungseinbruch	41,1	27,3	58,9	72,7

Die zwei am häufigsten genannten Gründe für die Nicht-Anzeige waren in der Regionalanalyse 1991 zum einen, daß die Polizei in solchen Fällen doch nichts herausbekommen hätte (35,1%)<sup>5</sup>. Zum anderen wurde nicht angezeigt, weil die Tat nicht als so schwerwiegend angesehen wurde (29,2%). An dritter Stelle wurde damals von den Befragten die Antwortkategorie „Sonstiges“ angegeben. Die Mehrheit aller Nennungen entfallen deutlich auf diese drei Antwortmöglichkeiten.

Dieses Ergebnis entspricht proportional annähernd den Angaben der Befragten der jetzigen Untersuchung, denn am häufigsten wird auch hier der Grund genannt, daß die Polizei den Fall sowieso nicht hätte aufklären können (29,8%). An zweiter und dritter Stelle wird zum einen angegeben, daß die Tat zu geringfügig war (26,3%) und zum anderen, daß eine Anzeige zu aufwendig sei (10,3%).

### 1.3 Die Einschätzung der polizeilichen Arbeit in Lübeck

#### 1.3.1 Das Ansehen der Polizei

Die Regionalanalyse 1991 stellte eine sehr positive Grundstimmung der Bevölkerung zugunsten der Lübecker Polizei fest, denn die Frage, ob die Lübecker Polizei im großen und ganzen gute Arbeit leiste, wurde von 94,6% der Befragten mit völlig bzw. ziemlich richtig beantwortet. Die gegenwärtige Untersuchung weist eine ähnlich positive Grundstimmung der Lübeckerinnen und Lübecker aus, allerdings fällt der Zufriedenheitswert etwas geringer aus. Es sind insgesamt 87,8% der Antwortenden, die diese These mit völlig bzw. ziemlich richtig bestätigen.

In der aktuellen Untersuchung sind zudem die Befragten mehr denn damals der Ansicht (um 11,9% häufiger), daß die Polizei für Aufgaben zuständig ist, die eher politisch zu lösen

<sup>5</sup> Diese Werte geben ebenfalls zur besseren Vergleichbarkeit die prozentualen Häufigkeiten gerechnet auf die Antworten und nicht auf die Fälle wieder.

sind. Darüber hinaus vertritt die Lübecker Bewohnerschaft heute vermehrt die Position, daß die Polizei nicht die wesentlichen Verbrechen verfolge, sondern sich vielmehr um unbedeutendere Delikte bemühe. Galt die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität schon damals als wesentliche polizeiliche Aufgabe, wird diese heute offenbar noch immer nicht als gelöst eingeschätzt. Diese weniger positiven Bewertungen sind möglicherweise auch ein Grund für die oben beschriebene abnehmende Bewertung der polizeilichen Effektivität. Diese Ergebnisse sind sicher nicht für Lübeck spezifisch, sondern treffen vielmehr den allgemeinen öffentlichen Tenor.

Gleich geblieben ist hingegen die Einschätzung bezüglich der Überlastung der Polizei durch die anfallende Arbeit. Auch im Hinblick auf die Alltagserfahrungen der Befragten mit der Polizei bzw. der Beurteilung der konkreten Arbeit vor Ort ist die positive Zustimmung ebenfalls annähernd gleich geblieben. Denn sowohl in der früheren wie in der aktuellen Untersuchung werden die Polizistinnen und Polizisten als hilfsbereit und freundlich wahrgenommen. Somit hat sich die Einschätzung der polizeilichen Arbeit im Zusammenhang des Kontakts zu den Bürgerinnen und Bürgern nicht verändert.

Im Hinblick auf die Einschätzungen der Polizei unter Berücksichtigung der soziodemographischen Kriterien und der Opferwerdung entsprechen sich die Ergebnisse der beiden Untersuchungen. Denn zum einen wird auch in der Sicherheitsanalyse 2000 deutlich, daß die Bewertung der polizeilichen Arbeit mit steigendem Alter positiver ausfällt und die Einschätzungen von Männern und Frauen annähernd gleich sind. Zum anderen ist auch in der aktuellen Untersuchung festzustellen, daß die viktimisierten Befragten sich gegenüber der Polizei negativer äußern, im Vergleich zu denjenigen, die in den letzten Jahren kein Opfer einer Straftat wurden.

### **1.3.2 Die wesentlichen Aufgaben der Polizei**

Daß die polizeiliche Arbeit an sich von der Bevölkerung als sehr wichtig bewertet wird und eine hohe Zustimmung erlangt, zeigen beide Untersuchungen deutlich. In der Regionalanalyse 1991 wurden die Polizeiaufgaben zum einen in allgemeine und zum anderen in spezielle Aufgabenbereich unterteilt. Im Zusammenhang mit der Bewertung der allgemeinen Aufgaben der Polizei sind es im wesentlichen die Aspekte der polizeilichen Strafverfolgung, die von den Befragten am wichtigsten eingeschätzt werden. Allerdings eine noch größere Zustimmung finden die Aufgaben, die den speziellen Tätigkeiten der Polizei zugeordnet sind, wie z.B. die Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität. Lediglich die Aufgaben „Fußballkrawalle verhindern“ und „Demonstrationen begleiten“ bewerten die Befragten als sehr viel unwichtiger.

Dieses Ergebnis findet sich in ähnlicher Weise in der aktuellen Untersuchung wieder, denn als wichtigste polizeiliche Aufgabe wird die Organisierte Kriminalität von den Lübeckerinnen und Lübeckern gesehen, die in der vergangenen Studie im Kontext der speziellen Aufgaben ebenso weit oben rangiert. Behält man die in der Untersuchung von 1991 als speziell definierten Aufgaben im Blick, wird deutlich, daß auch knapp zehn Jahre später die Tätigkeitsbereiche, wie die Begleitung von Demonstrationen oder Sicherung von Fußballspielen, weiterhin als nicht so wesentlich bewertet werden. Eine weitere Übereinstimmung zeigt sich darin, daß weiterhin eher repressiv ausgerichtete polizeiliche Aufgaben von der Bevölkerung als wichtig eingeschätzt werden, denn auch in der gegenwärtige Befragung nimmt die

intensivere Fahndung nach Straftäterinnen und Straftätern einen wichtigen Stellenwert ein. An Bedeutung abgenommen haben allerdings die Aufgaben wie die Bekämpfung der Wirtschafts- und Umweltkriminalität.

### **1.3.3 Die Einschätzung der polizeilichen Präsenz**

Wann das letzte Mal in der eigenen Wohnumgebung ein Streifenwagen oder eine Fußstreife wahrgenommen wurde, stellt in beiden Untersuchungen einen wichtigen Bestandteil des Themenkomplexes Polizei dar. Geben in der 91er Untersuchung über ein Drittel (36,4%) der Befragten an, daß sie „fast täglich“ eine Polizeistreife in ihrer Wohngegend sehen, sind es heute nur noch 16,8%. Entsprechend ist die Wahrnehmung der Polizei im öffentlichen Raum in den letzten zehn Jahren deutlich gesunken. Deswegen verwundert es nicht, daß der Wunsch nach mehr Polizeipräsenz deutlich gestiegen ist. Hat 1991 die Mehrheit der Befragten (54,5%) die Präsenz der Polizei noch für ausreichend gehalten und haben sich lediglich 44,8% der Antwortenden mehr polizeiliche Sichtbarkeit gewünscht, sind es gegenwärtig mit 63,1% deutlich mehr Bewohnerinnen und Bewohnern, die sich vermehrte Anwesenheit wünschen.

Bezüglich der Differenzierung nach den sozio-demographischen Daten lassen sich folgende Parallelen bzw. Unterschiede feststellen: In der aktuellen Analyse ist ein ähnlicher altersspezifischer Bezug auszumachen, denn mit zunehmendem Alter wird auch hier eine Steigerung des Wunsches nach mehr Polizei festgestellt. Allerdings nimmt der Wunsch bei den ganz Alten wieder ab. Ein geschlechtsspezifischer Zusammenhang ist in der aktuellen Studie im Gegensatz zu der KRA 1991 nicht mehr zu ersehen.

Daß der Wunsch nach mehr Polizei vom Sicherheitsempfinden abhängt, bestätigt sich auch in dieser Untersuchung, denn mit zunehmender Unsicherheit nimmt der Wunsch nach mehr polizeilicher Präsenz kontinuierlich zu, der Zusammenhang ist dabei überzufällig. Ebenso bestätigt sich auch in der aktuellen Studie, daß Opferwerdung nicht zwingend mit dem Wunsch nach mehr polizeilicher Präsenz korreliert. Die viktimisierten Befragten äußern nur geringfügig häufiger – nämlich jeweils um 3% mehr – die Forderung nach mehr Polizeipräsenz.

## **1.4 Das Sicherheitsgefühl der Lübeckerinnen und Lübecker**

### **1.4.1 Zum subjektiven Sicherheitsempfinden**

Die Frage, ob sich das Sicherheitsempfinden in der Wohnumgebung im Verlauf der vergangenen Jahre verändert hat, gehört mit zu den wichtigen Aspekten im Rahmen des hier angestellten Vergleichs. Unter Berücksichtigung aller Befragten ergeben sich folgende Vergleichsdaten:

	Regionalanalyse 1991	Sicherheitsanalyse 2000
Sehr sicher	13,1%	9,8%
Ziemlich sicher	69,4%	75,4%
Nicht sehr sicher	15,4%	13,2%
Überhaupt nicht sicher	2,0%	1,6%

Betracht man jeweils die Angaben sehr bzw. ziemlich sicher wird deutlich, daß die Lübecker Bevölkerung über ein hohes Sicherheitsgefühl verfügt, wobei die Häufigkeiten, die auf diese beiden Antwortkategorien entfallen, sich von 82,5% auf 85,2% erhöht haben. Wie sich das subjektive Sicherheitsempfinden auf die jeweiligen Stadtteile verteilt, veranschaulicht die anschließende Tabelle:

Stadtteile	Sicherheitsgefühl			
	1991		2000	
	sicher	unsicher	sicher	unsicher
Innenstadt	74,0%	26,0%	83,3%	16,7%
St. Jürgen	90,0%	10,0%	92,0%	8,0%
Moisling	58,0%	42,0%	77,1%	22,9%
Buntekuh	58,0%	43,0%	61,3%	38,7%
St. Lorenz Süd	72,0%	28,0%	76,3%	23,7%
St. Lorenz Nord	84,0%	16,0%	84,2%	15,8%
St. Gertrude <sup>6</sup>	89,1%	10,9%	87,8%	12,2%
Schlutup	100,0%	0,0%	96,3%	3,7%
Kücknitz	89,0%	11,0%	89,1%	10,9%
Travemünde	91,0%	9,0%	86,6%	13,4%

Im Überblick wird ersichtlich, daß das Sicherheitsempfinden in den einzelnen Stadtteilen nahezu immer gleich hoch und bei einigen Stadtteilen sogar teilweise erheblich gestiegen ist. Dies zeigt sich besonders deutlich im Stadtteil Moisling, in dem der Kriminalpräventive Rat in den vergangenen Jahren besonders aktiv war. Offensichtlich wird die Tätigkeit des Kriminalpräventiven Rat dort positiv wahrgenommen. Gestiegen ist die Sicherheit ebenso in der Innenstadt und in dem Stadtteil Buntekuh. Minimal verschlechtert hat sich das Sicherheitsgefühl in den Stadtteilen St. Gertrude, Schlutup und Travemünde. Aufgrund der geringen Fallzahlen in den Stadtteilen, könnte dieses Ergebnis zufälliger Art sein.<sup>7</sup> Ein anderer Grund für diese Veränderung könnte möglicherweise die Organisationsreform der Polizei sein.

Eine Abhängigkeit des Sicherheitsgefühls mit der Altersvariable sowie mit der Haushaltsgröße läßt sich im Gegensatz zur damaligen Untersuchung nicht ausmachen, jedoch bestätigt sich ein geschlechtsspezifischer Zusammenhang mit dem Sicherheitsempfinden. Ebenso läßt sich auch in der aktuellen Studie ein Zusammenhang zwischen Viktimisierung und Verunsicherung feststellen, d.h. Opfer von Straftaten fühlen sich im Vergleich zu Nicht-Opfern unsicherer.

<sup>6</sup> In der KRA wurde St. Gertrude als Stadtteil nicht gesondert ausgewiesen. Die angegebenen Zahlen von 1991 beziehen sich auf die kumulierten Stadtbezirke Eichholz, Marli/ Brandenbaum, Burgtor und Karlishof.

<sup>7</sup> Die Fallzahlen der Regionalanalyse 1991 fallen im Vergleich zur Sicherheitsanalyse 2000 noch niedriger aus.

### 1.4.2 Unsichere Orte

Ein weiterer Aspekt, der im Zusammenhang mit der Analyse des Sicherheitsempfindens relevant ist, bezieht sich auf die geographische Verortung von Unsicherheit. Demgemäß war bei beiden Untersuchungen die Frage, ob es Orte bzw. Gegenden gibt, an bzw. in denen sich die Befragten bei Dunkelheit nicht sicher fühlen, ein wesentlicher Bestandteil. In der 91er Studie wurden die Bewohnerinnen und Bewohner gefragt, ob es hier Gegenden gebe, in denen sie sich bei Dunkelheit alleine nicht sicher fühlen und die sie deshalb lieber meiden. In der aktuellen Untersuchung ist diese Frage differenziert worden. Gefragt wurde zum einen nach bestimmten unsicheren Orten außerhalb des Wohngebietes und zum anderen nach Orten in der eigenen Wohnumgebung, die alleine bei Dunkelheit oder am Tage als unsicher wahrgenommen werden.

Zu den in der Analyse von 1991 am häufigsten benannten unsicheren Orten gehören zum einen Durchgänge bzw. Tunnel, Parkanlagen und Haltestellen. Diese wurden unter der Kategorie „allgemeine Orte“ zusammengefaßt. Zum anderen wurden von den Befragten Gegenden, wie der ZOB und der Bahnhof, die Innenstadt, Moising, Buntekuh und die Wallanlagen als unsicher genannt, die als spezielle Orte zusammengefaßt wurden.

Im Rahmen der Sicherheitsanalyse 2000 bezüglich der Frage nach Orte außerhalb der Wohnumgebung nennen die Befragten maßgeblich die Innenstadt als unsicher. An zweiter und dritter Stelle stehen der Stadtteil Moising und der ZOB/ Hauptbahnhof. Darüber hinaus werden die Stadtteile Buntekuh und Kücknitz sowie Parkanlagen und Grünzüge als verunsichernd benannt. Konzentrieren sich die Antworten der Befragten im Kontext der allgemein angelegten Frage maßgeblich auf gesamte Stadtteile und den ZOB/ bzw. Bahnhof, verteilen sich die Häufigkeiten im Zusammenhang mit der Frage nach konkreten Orten in der Wohnumgebung ganz anders. Am häufigsten werden hier Parkanlagen genannt<sup>8</sup>, ansonsten sind die Angaben weit gestreut ohne jegliche Konzentration auf bestimmte Orte. Die Angaben nach den einzelnen Stadtteilen differenziert, zeigt sich jedoch, daß bestimmte Straßen im eigenen Wohngebiet vergleichsweise häufig als unsicher bezeichnet werden. Insgesamt wird deutlich, daß sowohl damals wie heute ähnliche Orte genannt werden, die nach Aussagen der Lübecker Bevölkerung als besonders verunsichernd gelten.

Gründe für die Unsicherheit an diesen genannten Orten sind nach Angaben der Befragten der damaligen Untersuchung vor allem die schlechte Beleuchtung und die Einsamkeit dieser Gegend. Dieses Ergebnis bestätigt sich ebenfalls im Rahmen der aktuellen Studie, allerdings nur bezogen auf die ‚gefährlichen‘ Orte, die innerhalb der eigenen Wohnumgebung liegen. Die Orte außerhalb der Wohnumgebung sind unsicher, weil die Befragten vom Hörensagen Kriminalitätsgeschichten, die diese Orte betreffen, kennen und sich dort Personen aufhalten, die ihnen verdächtig vorkommen. Nach Gründen für die Gefährdung am Wohnort wurde in der vergangenen Untersuchung im Anschluß an den Fragenkomplex zum subjektiven Sicherheitsgefühl in der Wohnumgebung gefragt. An erster und zweiter Stelle nennen die Befragten hier die besondere Häufigkeit von Straftaten und die schlechte Beleuchtung.

Im Überblick zeigt sich, daß die Begründungen wie „schlechte Beleuchtung“, „Einsamkeit“ und „schlecht einsehbar“ in dieser Studie die wesentlichen Gründe für die Unsicherheit an bestimmten Orten in der eigenen Wohnumgebung sind. In der 91er Regionalanalyse hin-

---

<sup>8</sup> Bahnunter- bzw. -überführungen und Haltestellen werden unter Berücksichtigung aller Befragten am zweit- und dritthäufigsten genannt, sie erreichen allerdings nicht die 10%-Marke.

gegen nehmen diese Faktoren für das Sicherheitsgefühl am Wohnort einen deutlich geringeren Stellenwert ein, vielmehr ist es die besondere Straftatenhäufigkeit, die als bedeutender Grund angegeben wird. Erschien das damalige Ergebnis plausibel, sind die Resultate der vorliegenden Untersuchung nicht weniger einleuchtend. Helligkeit und Einsamkeit sind konkret benannte Gründe für die Verunsicherung, die in jedem Fall die Kenntnis der Gegend voraussetzt. Hingegen hängen die Verunsicherungen, die auf kursierende Kriminalitätsgeschichten beruhen, was vor allem als Begründung im Zusammenhang mit den Örtlichkeiten außerhalb der Wohnumgebung angegeben wurde, weniger mit konkreten Erfahrungen zusammen, als vielmehr mit undefinierten Ängsten. Entsprechend ist es plausibel, daß diese Gründe im wesentlichen die Ängste in der Innenstadt oder Moisling verursachen.

## **2. Zusammenfassung der Ergebnisse**

### **2.1 Kriminalitätswahrnehmung und Verunsicherungsstrukturen**

Anhand der vorangegangenen Ausführungen ist deutlich geworden, daß die kognitiven Vorstellungen von krimineller Bedrohung sich mit dem räumlichen Bezug verändern. Die Einschätzung der Kriminalitätssteigerung in den letzten zehn Jahren fällt bei abstrakt formulierten Fragen im Vergleich zu Fragen, die sich auf das konkrete Wohnumfeld beziehen, deutlich höher aus. Die Wahrnehmung einer kriminellen Bedrohung hat sich zudem seit der letzten Regionaluntersuchung zum positiven verändert, es gehen 17% weniger Befragte von einer Kriminalitätssteigerung in Lübeck aus. Ebenso ist die Kriminalität in den eigenen Wohngebieten, mit Ausnahme von Körperverletzung, nach Einschätzung der Lübeckerinnen und Lübeckern gesunken.

Darüber hinaus fällt nicht nur die Kriminalitätseinschätzung mit regionalem Bezug geringer aus, sondern auch die Bedeutung von Kriminalität als politische Aufgabe. Steht, abstrakt nach den wichtigsten staatlichen Aufgaben gefragt, die Bekämpfung der Kriminalität hinter der Senkung der Arbeitslosigkeit, rückt sie bezogen auf die Hansestadt Lübeck auf den dritten Platz. Wichtiger sind in der Hansestadt vielmehr Themen, wie die Verbesserung der Verkehrssituation und der sozialen Angebote, die mit alltäglichen Erfahrungen zusammenhängen.

Die Verunsicherungen der Befragten beziehen sich vor allem auf materielle Ängste. Am häufigsten äußern sie Befürchtungen vor Eigentumsdelikten und vor Einschränkungen des Lebensstandards. Daß die Befürchtung vor Eigentumsdelikten in Lübeck ausgeprägt ist, bestätigt sich auch im überregionalen Vergleich. Die Befragten aus Lübeck äußern im Vergleich zur BRD, Schleswig-Holstein und anderen Städte mit einer Einwohner/innenzahl zwischen 100.000 und 500.000 am häufigsten Ängste vor Eigentumsdelikten. Ebenso fällt die subjektive Verunsicherung im Wohnquartier in Lübeck vergleichsweise höher aus.<sup>9</sup> Jedoch hat sich im Vergleich zur damaligen Regionaluntersuchung das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung etwas verbessert. Die örtlichen Zuschreibungen von Verunsicherungen sind allerdings annähernd gleich geblieben.

Es sind nach wie vor die Innenstadt, der ZOB und der Bahnhof, Moisling und Parkanlagen, die als unsicher genannt werden. Diese Gegenden werden in der hiesigen Untersuchung

---

<sup>9</sup> Anzunehmen ist jedoch, daß es sich hierbei um ein methodisches Artefakt handelt, da die Stichprobe die verunsicherten Befragten überrepräsentiert.

vor allem im Zusammenhang mit der Frage nach unsicheren Orten außerhalb der Wohnumgebung erwähnt. Auf die Frage nach unsicheren Orten innerhalb der Wohnumgebung sind es vielmehr konkrete Straßen im eigenen Wohngebiet sowie Parkanlagen, die als beängstigend beschrieben werden. Daß ganze Stadtteile als unsicher beschrieben werden, spricht für diffuse Verunsicherungen, die mit Unkenntnis und Fremdheit der Gegend einhergehen und weniger durch konkrete Erfahrungen entstehen. Es sind stereotype Vorstellungen, die meist durch öffentliche Diskurse vermittelt werden, was sich auch im Zusammenhang mit den Gründen der Unsicherheit bestätigt. In erster Linie wird als Ursache für die Unsicherheit außerhalb der Wohngegend genannt, daß man von kriminellen Ereignissen gehört habe. Im eigenen Wohngebiet sind es vielmehr die schlechte Beleuchtung und die Einsamkeit der Gegend, die als wichtigste Gründe angegeben werden, was für die Kenntnis dieser Orte spricht. Die fehlende Beleuchtung ist auch ein maßgeblicher Grund, den die Befragten bereits 1991 für die Verunsicherungen angaben.

## **2.2 Viktimisierungserfahrungen**

Die Mehrzahl der Lübecker Bevölkerung, und zwar 66,2%, sind in den letzten drei Jahren mindestens einmal Opfer einer Straftat geworden. Am häufigsten haben die Befragten Opfererfahrungen mit Diebstahlsdelikten gemacht. Es sind die Bewohnerinnen und Bewohner der Innenstadt, die am häufigsten von Viktimisierungen betroffen sind. Dies spiegelt sich auch in den PKS-Zahlen wider, denn die Innenstadt ist am häufigsten als Tatort der ermittelten Tatverdächtigen erfaßt. Im Vergleich zur KRA 1991 ist keine Steigerung hinsichtlich der Opferwerdung der Lübecker Bevölkerung festzustellen.

Die Anzeige der erlebten Delikte stellt dabei eher die Ausnahme denn die Regel dar. Dies ist ein Ergebnis, daß aus der Dunkelfeldforschung bereits bekannt ist. Angezeigt wurde das erlebte Delikt von etwas über einem Drittel der Befragten (36,7%), was dem Ergebnis der Regionalanalyse von 1991 annähernd entspricht. Die Anzeigebereitschaft variiert dabei erheblich, je nach Straftatbestand. Am häufigsten zeigen die Lübeckerinnen und Lübecker Eigentumsdelikte, insbesondere Autodiebstahl an. Am seltensten werden Erfahrungen mit sexueller Belästigung bei der Polizei angezeigt. Dieses proportionale Verhältnis spiegelt sich ebenso in der Berechnung des Dunkelfeldes wider. Vergleicht man die Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik mit den hochgerechneten Viktimisierungserfahrungen der Befragten, weichen die Zahlen am ehesten bei sexueller Nötigung und Belästigung voneinander ab und am wenigsten bei Diebstahl von Kraftfahrzeugen. Vergleicht man die deliktspezifischen Dunkelfelder der einzelnen Stadtteile miteinander, weichen die polizeilich erfaßten Daten und die in der Untersuchung abgefragten Erlebnisse am häufigsten in den Stadtteilen Kücknitz und der Innenstadt voneinander ab.

## **2.3 Perspektiven auf die polizeilichen Tätigkeiten**

Die Einschätzungen der polizeilichen Tätigkeit fallen in der Hansestadt überaus positiv aus, insbesondere im Hinblick auf die Alltagserfahrungen mit der Polizei. Hier äußern 91,7% der Bevölkerung, daß die meisten Polizistinnen und Polizisten freundlich und hilfsbereit seien. Dieses Ergebnis entspricht auch den Angaben der Regionalanalyse von 1991. Leicht nega-

tiver ist jedoch die Ansicht darüber geworden, ob die Polizei in Lübeck gute Arbeit leiste. Gaben 1991 noch 94,6% der Wohnbevölkerung an, daß es völlig bzw. ziemlich richtig sei, daß die Polizei in der Hansestadt gute Arbeit leiste, sind es heute nur noch 87,8%. Ein Grund für diese Veränderung könnte sein, daß nach Ansicht der Befragten auf die Polizei häufig sozialpolitische Versäumnisse abgewälzt werden und die Auflösung von Problemlagen nicht mehr dem sozialpolitischen Aufgabenbereich, sondern vielmehr dem polizeilichen Präventions- und Kontrollbereich zugewiesen wird. Dies bestätigt sich auch im Zusammenhang mit der Frage, daß die Polizei viele Probleme angehen muß, die eigentlich politisch zu lösen seien. Die Befragten der vorliegenden Untersuchung stimmen im Vergleich zu den Antwortenden von vor zehn Jahren dieser Frage deutlich häufiger zu. Ein weiterer Grund für die veränderte Einschätzung der polizeilichen Arbeit könnte die Organisationsreform der Polizei sein, die sich offenbar im Bewußtsein der Bevölkerung in erster Linie als eine Reduzierung der polizeilichen Präsenz im öffentlichen Raum niederschlägt. Dies bestätigt sich vor allem auch anhand der Wahrnehmung der Polizei in der eigenen Wohnumgebung. Geben in der KRA 1991 noch ein Drittel der Befragten an, daß sie fast täglich eine Polizeistreife in ihrer Wohnumgebung gesehen haben, sind es in der Sicherheitsanalyse 2000 nur noch 16,8%. Entsprechen fällt heute der Wunsch nach mehr Polizeipräsenz im Vergleich zu früher deutlich höher aus.

Die wichtigste polizeiliche Aufgabe ist nach Ansicht der Lübecker Bevölkerung die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität. Offenbar verbinden die Befragten mit der Organisierten Kriminalität ein hohes Bedrohungspotential. Eine Meinung, die vermutlich eher durch den öffentlichen Diskurs produziert wird, denn konkrete Erlebnisse mit Organisierter Kriminalität sind in der Regel nicht alltagsrelevant. Die unwichtigste Aufgabe der Polizei ist nach Einschätzung der Lübecker Bevölkerung das Organisieren von Sportveranstaltungen für Jugendliche. Im Rahmen der offenen Frage, ob es noch weitere wichtige Polizeiaufgaben gebe, nennen die Antwortenden an erster Stelle die Durchführung von Verkehrskontrollen. Die Zuschreibung von Bedeutung polizeilicher Aufgaben hat sich im Vergleich zur Untersuchung von 1991 nicht wesentlich verändert.

Insgesamt hat sich gezeigt, daß die von den Befragten geforderten Polizeiaufgaben in erster Linie in den klassisch reaktiven Tätigkeitsbereich der Polizei einzuordnen sind. Proaktive Maßnahmen, die kommunale Lösungsstrategien beinhalten, werden weniger gefordert. Einzig bei den jüngeren Befragten deutet sich anhand ihrer Antworten eine Bereitschaft an, kommunale Verantwortung zu tragen, obgleich sie sich negativer über die Polizei äußern. Sie stützen somit eher das Modernisierungsinteresse, das auf eine kommunale Prävention mit gemeinschaftlicher Verantwortung setzt. Daß die Angaben der jüngeren Befragten für eine Veränderung der Polizeiorientierung stehen, spiegelt sich auch im Zusammenhang mit der Frage, wer für die Schaffung von Sicherheit zuständig sein soll, wider. Denn die jüngsten Antwortenden vertreten am stärksten die Ansicht, daß in erster Linie die Polizei in Zusammenarbeit mit sozialen Einrichtungen hierfür zuständig sein soll.

## **2.4 Lübeck und seine Stadtteile**

Obwohl die Lebenssituation sich in den jeweiligen Stadtteilen sehr vielschichtig darstellt, werden dennoch ähnliche soziale und infrastrukturelle Gegebenheiten vermißt und Probleme im öffentlichen Raum genannt. Es sind in erster Linie Gaststätten und Freizeiteinrich-



tungen für Kinder und Jugendliche, die fehlen sowie Müll und undisziplinierte Verhaltensweisen von Autofahrer/innen, die stören. Die Belastung durch den Verkehr wird vor allem auch im Zusammenhang mit der offenen Frage: „Was stört Sie an Ihrer Wohnumgebung am meisten?“ in den Stadtteilen am häufigsten benannt. Somit gehört die Kontrolle des Verkehrs nach Ansicht vieler Bewohnerinnen und Bewohner zu einer wesentlich vernachlässigten Aufgabe der Polizei in den Stadtteilen. Ebenso zeigt sich ein ähnliches Bild bezüglich der Einschätzung der Kriminalitätsentwicklung der letzten zehn Jahren in der eigenen Wohnumgebung, denn in den meisten Stadtteilen ist nach Wahrnehmung der Befragten die Sachbeschädigung und die Körperverletzung gestiegen.

Insgesamt hat sich das subjektive Sicherheitsempfinden in den Stadtteilen mehrheitlich verbessert. Mitbestimmt wird das Sicherheitsgefühl vor allem auch von den sozialen und infrastrukturellen Gegebenheiten im Stadtteil, darüber hinaus hängt es deutlich mit der Wohnzufriedenheit mit der unmittelbaren Wohnumgebung zusammen. Entsprechend hat eine Kumulierung von Defiziten auch einen Einfluß auf die Verunsicherung. Defizite und Benachteiligungen unterschiedlichster Art findet sich insgesamt in den Stadtteilen Moisling, Buntekuh und Innenstadt. Demgemäß äußern hier die Bewohnerinnen und Bewohner hier eine größere Unzufriedenheit mit dem unmittelbaren Wohngebiet. Aber auch die Wohnbevölkerung aus St. Lorenz Süd und St. Lorenz Nord ist vergleichsweise unzufrieden mit der eigenen Wohnumgebung, sie gibt auch am häufigsten soziale und infrastrukturelle Faktoren an, die eher unzureichend denn ausreichend sind. Die Befragten aus diesen Stadtteilen sind es auch, die sich am unsichersten in ihrer Wohngegend fühlen. Insgesamt lassen sich deutliche Zusammenhänge zwischen den strukturellen Gegebenheiten in den Stadtteilen und der Wohnzufriedenheit ausmachen. Diese wiederum korreliert mittelstark mit dem subjektiven Sicherheitsempfinden.

Der am häufigsten genannte Wunsch zur Verbesserung der Lebenssituation und Sicherheit im Stadtteil bezieht sich auf die Erhöhung der polizeilichen Kontrolle und Präsenz. Streifenfahrten und Fußstreifen der Polizei durch die Wohngebiete sind auch die am meisten von der Polizei vernachlässigte Aufgabe im Stadtteil. Eine weitere Maßnahme, die zur Verbesserung der Lebensqualität im Stadtteil gewünscht wird, bezieht sich auf die hellere Gestaltung der Wohnumgebung durch mehr Beleuchtung. Erst auf Platz drei rangiert der Wunsch nach mehr Einrichtungen für Kinder und Jugendliche, die im Zusammenhang mit der Einschätzung der Wohn- und Lebenssituation im Stadtteil von den meisten Befragten als unzureichend bewertet werden. Deutlich wird hiermit, daß es vor allem reaktive Maßnahmen wie die Ausweitung polizeilicher Kontrolle und nicht sozialpolitische Handlungen sind, die zur Verbesserung der Lebensverhältnisse im Stadtteil gefordert werden.

## **2.5 Der Kriminalpräventive Rat**

Die Mehrzahl der Lübecker Bevölkerung, und zwar 83,9%, gibt an, den Kriminalpräventiven Rat nicht zu kennen. Kenntnisse über den Rat erlangten die meisten Befragten durch Zeitungsberichte. Die Tätigkeiten des Kriminalpräventiven Rates werden mehrheitlich als sehr wichtig angesehen. Die wichtigsten Aktivitäten sind nach Einschätzung der Bevölkerung die Aufklärungsarbeit über Kriminalität und Drogen in den Schulen, die Schaffung von Freizeitangeboten für Jugendliche und Hilfen für Drogenabhängige. Als die unwichtigste Aufgabe gebe die Befragten die Organisation von Sportveranstaltungen für Jugendliche an. Zu den

weiteren Aufgaben, die der Kriminalpräventive Rat nach Ansicht der Lübecker Wohnbevölkerung fördern soll, gehören in erster Linie die Verbesserung der Freizeitangebote und der Betreuung von Kindern und Jugendlichen.

### **3. Kriminal- und sozialpolitische Handlungsbedarf**

In diesem Abschnitt geht es, in Anknüpfung an die obigen Ausführungen, um die Entwicklung des kriminal- und sozialpolitischen Handlungsbedarfes. Ziel kann es jedoch nicht sein, konkrete Konzepte und deren Umsetzungsmöglichkeiten zu entwickeln, sondern vielmehr vor dem Hintergrund der Befunde den dringendsten Handlungsbedarf aufzuzeigen.

Dabei berühren die im folgenden formulierten Anregungen unterschiedliche Themen- und Zuständigkeitsbereiche. Sie beziehen sich einerseits auf die Hansestadt insgesamt und andererseits sind es stadtteilspezifische Vorschläge, die wiederum nur auf der Stadtteil-ebene zu verwirklichen sind. Darüber hinaus knüpfen sie z.T. an bereits bestehende Projekte und Arbeitsgruppen an und sind entsprechend als Bestätigung der bisherigen Arbeit zu verstehen.

#### **3.1 Sozial- und infrastrukturelle Maßnahmen**

Ein wesentliches Ergebnis dieser Untersuchung ist es, daß das subjektive Sicherheitsempfinden von vielfältigen Faktoren abhängt. Dabei sind es nicht nur die wahrgenommene Kriminalitätsentwicklung oder die tatsächlichen Viktimisierungserfahrungen, die auf dieses Gefühl einwirken, sondern auch die unmittelbaren Lebensbedingungen im Stadtteil haben einen wesentlichen Einfluß. Dementsprechend hängt die Zielsetzung, ein Gefühl von subjektiver Sicherheit zu schaffen, gleichzeitig von der Verbesserung der Wohnzufriedenheit ab. Hierzu gehören neben dem Abbau sozialer und infrastruktureller Benachteiligung auch die Veränderung der Verkehrssituation oder bauliche Maßnahmen.

Wie in den entsprechenden Kapiteln bereits dargestellt wurde, gestalten sich die Wünsche und Bedürfnisse in den einzelnen Stadtteilen höchst unterschiedlich und können deswegen hier nicht resümiert werden. Ungeachtet aller Spezifika der Stadtteile läßt sich dennoch ein breiter Durchschnitt an ähnlichen Wünschen ausmachen. Hierzu gehören: die Verbesserung des Angebotes an Gaststätten und Lokalen, die Einrichtung von Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche, der Ausbau des Beratungsangebotes für Menschen in Problemlagen und die Verbesserung der Sauberkeit und Verkehrssituation im Stadtteil. Dies sind alles Forderungen, auf die die städtische Politik reagieren kann und sollte. Dabei handelt es sich weniger um Maßnahmen, die der kriminalpräventiven Begründung bedürfen, sondern vielmehr gehören diese zu den traditionellen Regelaufgaben einer bedarfsgerechten Kommunal- und Sozialpolitik und sind somit auch nicht als Sonderprogramme anzusehen. Im folgenden sind einige Handlungsfelder zu diesem Themenkomplex noch näher ausgeführt, die sich im Gesamtblick als besonders dringlich herauskristallisiert haben.

#### **Angebote für Kinder und Jugendliche**

Daß das Angebot für Kinder und Jugendliche in den meisten Stadtteilen nicht ausreichend ist, zieht sich als Thema durch die gesamte Untersuchung. Deutlich wird dies vor allem im

Zusammenhang mit den offenen Fragen. So geben z.B. die Befragten bei der Frage: „Welche Aktivitäten sollten Ihrer Meinung nach in Lübeck noch gefördert werden?“ am häufigsten Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche an. Auch würden nach Ansicht der Lübeckerinnen und Lübecker solche Einrichtungen deutlich zur Verbesserung der Lebenssituation in der Wohnumgebung beitragen.

Für eine Verbesserung des Angebotes wäre es sicher sinnvoll, Kinder und Jugendliche direkt an den Planungen zu beteiligen, z.B. in Form einer mündlichen Befragung. Kinder und Jugendliche stellen in diesem Zusammenhang die Expertinnen und Experten dar, nur mit ihrer Beteiligung können Defizite aufgezeigt und Wünsche bedarfsgerecht umgesetzt werden. Ein mögliches Projekt wäre beispielsweise die Herstellung eines Stadtplanes für und von Kindern und Jugendlichen oder eines Stadtteolführers, in dem Angebote, Treffpunkte, Zeiten etc. zusammengestellt sind, die für diese Altersklasse interessant sind.<sup>10</sup> Darüber hinaus sollten Kindern und Jugendlichen Möglichkeiten zur Aneignung des städtischen Raumes geboten werden, in dem sie beispielsweise Jugendcafés oder Treffpunkte selbst einrichten und gestalten und somit auch Verantwortung für diese übernehmen können. Hierfür könnten sich insbesondere Wohnungsbaugenossenschaften engagieren und Räumlichkeiten bzw. Freiflächen zur Verfügung stellen.

### **Wohnen**

Die nachteiligen Faktoren, die sich mit dem Leben in Wohnsiedlungen verbinden, sind lange bekannt und in einer Arbeitsgruppe des Kriminalpräventiven Rates bereits thematisiert worden. Die dort festgelegten Ziele, wie beispielsweise die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei der Gestaltung des Wohnumfeldes, können aus Sicht dieser Studien nur unterstützt werden. Denn eine Beteiligung der Bewohnerschaft ist zur Stärkung und Stabilisierung der emotionalen Bindung an die Wohnumgebung und zum Erhalt funktionaler und sozialer Vielfalt wichtig. Eigeninitiativen der Mieterinnen und Mieter könnten z.B. durch die bezahlte Pflege und Gestaltung der Grünanlagen gefördert werden. Darüber hinaus würde eine Umwandlung von öffentlichen Flächen in halbprivate bzw. private Abschnitte, z.B. durch die Zuordnung von Außenräumen zu den Wohnungen oder Einrichtung von Wohnterrassen und Mietergärten, ein Verantwortungsgefühl für die eigene Wohnumgebung schaffen und zudem die territoriale und informelle soziale Kontrolle stärken. Die Ermutigung und Initiierung der Selbstorganisation der Bewohnerschaft hat jedoch nicht nur den positiven Effekt, daß die dort wohnende Bevölkerung sich kennenlernt und das Gefühl der Kontrolle über die eigene Wohnumgebung wieder zurückgewinnt, sondern auch daß die Bewohnerinnen und Bewohner und das Wohnquartier positiv in die Schlagzeilen geraten und somit auch negative Stigmatisierungen abgebaut werden.<sup>11</sup>

Ziel sollte es auch sein, die soziale Vielfalt in diesen Wohngebieten durch eine sinnvolle Belegungspolitik, etwa durch die Abschaffung von Fehlbelegungsabgaben, zu erhalten. Darüber hinaus sollten Angebote institutionalisiert werden, die den kulturellen Austausch fördern und verbessern.

### **Drogen**

Daß Suchtprävention und Hilfen für Drogenabhängige weiterhin ein relevantes Thema darstellt, hat sich in der Analyse ebenso gezeigt. Zu empfehlen ist neben der präventiven Arbeit vor allen Dingen, die ambulanten Hilfen für Abhängige und Betroffene verstärkt zu unterstützen und Integrationsmöglichkeiten zu bieten. Dies sollte sowohl für Alkohol- als auch für Heroinabhängige geschehen. Speziell für die Innenstadt sollten vor allem Konzepte für

<sup>10</sup> In Hamburg gibt es bereits solche Projekte, z.B. einen Stadtteolführer für Mädchen.

<sup>11</sup> Vergleiche hierzu auch die Ausführungen zum Kriminalpräventiven Rat in diesem Kapitel (S. 180).

Abhängige illegaler Drogen erarbeitet werden, wie z.B. die Ausweitung von Substitutions-Programmen oder die Einrichtung einer Fixerstube und Spriztentausch. Somit kann die geplante zentrale Drogenambulanz in der Innenstadt aus Sicht der hier vorliegenden Ergebnisse nur befürwortet werden.

### **Schmutz, Müll und Hundekot**

Schmutz, Müll und Hundekot auf den Straßen und Grünanlagen ist nach Ansicht der Lübeckerinnen und Lübecker das größte Problem im öffentlichen Raum der unmittelbaren Wohnumgebung. Ein Vergleich mit anderen Städten verdeutlicht, daß es sich hierbei um eine höchst subjektive Einschätzung handelt, denn Lübeck nimmt diesbezüglich sicher keine herausragende Stellung ein. Möglicherweise handelt es sich bei dieser Problemzuschreibung um eine Kompensation von Empfindungen, die ihre Ursache in anderen Dingen haben. Dennoch sind die Ergebnisse als Handlungsaufforderungen zu werten, denen mit geeigneten Konzepten entgegnet werden sollte. Beispielsweise könnten auf Stadtteil- oder Bezirksebene Putzaktionen organisiert werden, die gleichzeitig auch einen vergemeinschaftenden Charakter hätten. Zudem könnten öffentliche Hundetoiletten eingerichtet oder Schaufeln für die Beseitigung der Hinterlassenschaften bereitgestellt werden. Kinderspielplätze könnten darüber hinaus durch sogenannte „Hundestops“ von Hunden freigehalten werden.

### **Verkehr**

Ein weiteres Problem, daß sich durch viele Bereiche der Untersuchung zieht, ist die Verkehrsbelastung. So nennen die Befragten im Zusammenhang mit der offenen Frage, „Was stört Sie an Ihrer Wohnumgebung am meisten?“ am häufigsten Belastungen, die sich mit dem Verkehr verbinden. Aber auch im Kontext der am meisten vernachlässigten Polizeiaufgaben im Wohngebiet nimmt die Durchführung von Verkehrskontrollen den zweiten Rangplatz ein. Es ist die starke Verkehrsbelastung, der Parkplatzmangel und damit einhergehend falsch parkende Autos sowie der schlechte Zustand der Straßen, die von der Bevölkerung kritisiert werden. Die Entwicklung von Handlungskonzepten in diesem Kontext erweist sich somit als vordringliche Aufgabe der Hansestadt. Sinnvoll wäre in diesem Zusammenhang die Evaluierung des Verkehrskonzeptes in der Innenstadt, die Ausweitung der Verkehrskontrollen, insbesondere von falsch parkenden Pkw's und die Ausbesserung von Straßenschäden. Darüber hinaus können diesbezüglich innovative Projekte initiiert werden, wie z.B. Aufklärung über eine bewußte Pkw-Nutzung, die Organisation von Fahrgemeinschaften oder car-sharing.

## **3.2 Überlegungen zur polizeilichen Tätigkeit**

Die polizeiliche Präsenz ist die am häufigsten genannte Maßnahme, die seitens der Bevölkerung zur Verbesserung der Sicherheit im Stadtteil gewünscht wird. Darüber hinaus ist es nach Beschreibung der Befragten die am meisten vernachlässigte Polizeiaufgabe im Wohngebiet. In der Bevölkerung ist wohl nicht zuletzt durch die Polizeireform Schleswig-Holstein der Eindruck entstanden, daß die Polizei sich aus dem öffentlichen Raum zurückzieht und dort wesentlich weniger als gewünscht präsent ist. Dieser Eindruck ist zwar falsch, weil ein wichtiges Ziel der Organisationsreform der Polizei ja gerade eine vermehrte Polizeipräsenz im öffentlichen Raum gewesen ist, aber möglicherweise durch die organisatorischen Neuordnungen entstanden. Ziel polizeilicher Öffentlichkeitsarbeit muß es deswe-

gen sein, die eigenen Anstrengungen, im öffentlichen Raum präsent zu sein, für die Bevölkerung nachvollziehbar hervorzuheben.

Darüber hinaus würde eine intensivere Öffentlichkeitsarbeit über die polizeilichen Tätigkeiten mehr Transparenz schaffen und zu mehr Bürger/innennähe beitragen. Ein Einblick in die tatsächlich relevanten Kriminalitätsformen in Lübeck würde zudem zur Aufklärung der Bedeutung der Organisierten Kriminalität in der Hansestadt beitragen, die von den Lübeckerinnen und Lübeckern heute wie damals als eine wichtige Polizeiaufgabe eingestuft wird. Denn das zugeschriebene Bedrohungspotential der Organisierten Kriminalität ist in dieser Weise in Lübeck nicht gegeben.

Ungeachtet einer solchen Arbeit am Image scheint es aber tatsächlich notwendig, – zumindest in einigen Stadtteilen – die polizeiliche Präsenz zu erhöhen. Das entspricht nicht nur den Wünschen der Bevölkerung (die allerdings, wie anzumerken ist, diesbezüglich eine gewisse Unersättlichkeit zeigt), sondern trüge auch in sehr direkter Weise dazu bei, subjektive Verunsicherungen weiter zu verringern. Denn deutlich wurde in der Untersuchung auch, daß es die in der Person verkörperte Kontrolle ist, die sich die Bevölkerung wünscht, d.h. eine Polizistin und einen Polizisten zum Anfassen und keine technischen Kontrollen in Form von Videokameras.

Neben den reaktiven Maßnahmen, wie die Ausweitung polizeilicher Kontrolle, wird von den Befragten eine enge Zusammenarbeit der Polizei mit sozialen Einrichtungen (z.B. mit Schule, Jugendamt, Vereinen) gefordert. Somit gewinnt proaktives Handeln wie die Bekämpfung der Entstehungsbedingungen von Kriminalität im Bewußtsein der Bevölkerung offenbar zunehmend an Bedeutung. Anzumerken sei hier, daß eine institutionsübergreifende Präventionsarbeit klare Regeln der Aufgabenverteilung bedarf, um Kompetenzverschiebungen zu vermeiden. Die Trennung zwischen den sozialstaatlichen Leistungen und der rechtsstaatlichen Strafverfolgung und Gefahrenabwehr sollten nicht verwischt werden. Diesbezüglich sind vor allem die sozialen Institutionen gefordert präventiv zu handeln, denn die Polizei ist nach Ansicht vieler Befragten schon jetzt für viele Aufgaben zuständig, die eher sozialpolitisch zu lösen sind.

Ein – allerdings nicht unerwartetes – Ergebnis dieser Untersuchung ist das überaus hohe Dunkelfeld im Zusammenhang mit sexualisierter Gewalt und sexueller Belästigung. Die Gründe hierfür sind wie bereits erwähnt sehr vielschichtig und hängen mit Befürchtungen unterschiedlichster Art zusammen. Um eine erneute Viktimisierung, die sich mit Vernehmung und Verhandlung verbinden kann, so gering wie möglich zu halten, sollten für diese Delikte zusätzlich ausgebildete Beamtinnen von der Polizei bereitgestellt werden. Zudem sollte durch einen Erlaß des Innenministers den betroffenen Frauen und Mädchen ein Rechtsanspruch eingeräumt werden, in solchen Fällen auch von einer Beamtin betreut zu werden.

### **3.3 Unsichere Orte**

Die unsicheren Orte innerhalb der Wohnumgebung, wie bestimmte Straßen, Parks und Unterführungen, zeichnen sich meistens durch schlechte Beleuchtung aus. Ein Ergebnis, das bereits vor zehn Jahren einen bedeutenden Grund für Unsicherheiten darstellte und offenbar nicht hinreichend bei der Stadtmöblierung berücksichtigt wurde. Diesbezüglich empfiehlt es sich das Beleuchtungskonzept der Hansestadt nochmals zu überprüfen, insbe-

sondere ob der Lichtkegel der neu installierten, stromsparenden Straßenleuchten vergrößert werden könnte.

Gründe für die Verunsicherung an Orten außerhalb der Wohnumgebung sind vor allem Kriminalitätsgeschichten und unvertraute Personen. Als unsicher genannt werden hier insbesondere ganze Stadtteile sowie der Hauptbahnhof und ZOB. Da es sich hierbei in erster Linie um stereotype Vorstellungsmuster handelt, die durch den öffentlichen Diskurs geprägt werden, sind die Unsicherheiten maßgeblich durch Imagearbeit der Stadtteile auszuräumen. Für die Innenstadt, die diesbezüglich ebenso häufig als verunsichernd benannt wird, könnten im Rahmen eines Konzepts für Citymarketing Überlegungen angestellt werden, wie die Innenstadt auch nach Geschäftsschluß belebt werden kann.

### **3.4 Zum Kriminalpräventiven Rat**

Bezüglich des KPR muß darauf hingewiesen werden, daß seine Arbeit weitgehend im Verborgenen stattfindet und eine Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit dringend angezeigt wäre. Dies ist keineswegs als Selbstzweck zu sehen, sondern würde der Bevölkerung in erhöhtem Maße das Gefühl vermitteln, daß Politik ihren Bedürfnissen gerecht zu werden versucht. Nach Forderung der Befragten sollte der Kriminalpräventive Rat vor allem die Angebote für Kinder und Jugendliche ausweiten, dies knüpft an die bereits obengenannten Ausführungen an.

Generell sollte bei der Arbeit des Kriminalpräventiven Rates berücksichtigt werden, daß sich mit seinen Aktivitäten immer eine ambivalente Stigmatisierung verbindet, denn er führt in erster Linie Kriminalprävention durch. So wirkt sich einerseits die Arbeit des Kriminalpräventiven Rates z.B. in Moising auf die Bewohnerinnen und Bewohner durchaus positiv aus und hat offensichtlich zur Erhöhung des subjektiven Sicherheitsempfindens beigetragen. Andererseits könnte diese von Außenstehenden, die nicht in Moising wohnen, dahingehend interpretiert werden, daß der Stadtteil durch eine hohe Kriminalitätsrate belastet ist und aufgrund dessen der Kriminalpräventive Rat dort sehr aktiv ist. Deswegen sollte ein Schwerpunkt der Arbeit des Kriminalpräventiven Rates die Förderung der Eigeninitiative der Bevölkerung sein. Er sollte Möglichkeiten aufweisen, wie durch eigenes Handeln die Lebenssituation in den Stadtteilen verbessert werden kann. Denn gerade gelungene Eigenarbeit führt zu einem positiven Stadtteilimage.